



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Stellvertretender Ministerpräsident; Josef Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag; Oberbürgermeister Markus Panermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Finanzminister Albert FÜRACKER; Landrat Franz LÖFFLER, Präsident des Bayerischen Bezirkstags; Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Landratspräsident Landrat Christian Bernreiter.

Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Kommunaler Finanzausgleich 2022:

Trotz Krise erneut auf Rekordniveau

Mehr Geld für die bayerischen Kommunen: 2022 erhalten sie 10,4 Mrd. Euro vom Freistaat, rund 128 Mio. Euro mehr als vergangenes Jahr. Hinzu kommen einmalig zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro. Darauf einigten sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände in München.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert FÜRACKER erläuterte, „steht der Freistaat fest und zuverlässig an der Seite der Kommunen. Wir knüpfen mit einem starken kommunalen Finanzausgleich 2022 nahtlos an die massive Unterstützung in den letzten Jahren an. Unsere zusätzliche Investitionsinitiative ist eine wuchtige Stärkung auf dem Weg aus der Krise. Wir schaf-

fen damit die Voraussetzungen, dass unsere Kommunen auch im nächsten Jahr kraftvoll in die Zukunft investieren können. Der kommunale Finanzausgleich 2022 sichert eine stabile, zukunftsfähige Infrastruktur und ist zugleich ein großer Schub für Bayerns Konjunktur und einen dynamischen Neustart.“

Der Freistaat Bayern schafft damit die Voraussetzungen,

halten die Landratsämter zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen.

Stabile Finanzausweisungen

Die allgemeinen Finanzausweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich bleiben stabil auf dem Rekordniveau von (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Krisenstrukturen stärken

Für krisenfeste Strukturen in Bund, Ländern und Kommunen hat sich der Deutsche Landkreistag ausgesprochen. Zwischen den staatlichen Ebenen sollte das Zusammenspiel weiter verbessert werden. „Allerdings ist eine Verlagerung operativer Befugnisse von den Landkreisen und Städten auf den Bund nicht der richtige Weg“, machte der Verbandspräsident, Landrat Reinhard Sager, nach der Sitzung des Präsidiums im Landkreis Trier-Saarburg deutlich.

Teil der Kriseninfrastruktur seien auch die Gesundheitsämter der Landkreise. Hier sind die Länder aus Sagers Sicht aufgefordert, die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst gemeinsam mit den Landkreisen voranzutreiben. „Auf eine dauerhafte Finanzierungszusage seitens der Länder warten wir noch immer. Bei den Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern könnten wir insgesamt schon viel weiter sein.“

Belastbare Verabredungen

Benötigt würden zügig belastbare Verabredungen, damit die Landkreise und kreisfreien Städte überhaupt erst Planstellen schaffen, ausschreiben und einstellen können. Damit verbunden sei die Zusage der Länder, ihrerseits gegenüber den Landkreisen die aus dem Pakt entstehenden kommunalen Mehrausgaben vollständig und dauerhaft auszugleichen, erläuterte

Jahrestagung des Bayerischen Bezirkstags in Fürstenfeldbruck:

Versorgungsauftrag erfüllt

Die Corona-Pandemie hat viele neue Fragen aufgeworfen. Dennoch zeigte sich der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Landrat Franz LÖFFLER (Cham), bei der Vollversammlung in Fürstenfeldbruck überzeugt: „Auf die Bezirke war vor und während der Pandemie Verlass. Wir werden auch nach dieser besonderen Zeit für die Menschen in Bayern da sein und ihnen die Unterstützung und Hilfe zur Verfügung stellen, die sie in ihrer jeweiligen Situation benötigen.“

„Für uns stand die Versorgung der Menschen, die auf unsere Leistungen insbesondere im Bereich der Psychiatrie, der Eingliederungshilfe sowie Hilfe zur Pflege angewiesen sind, ganz klar im Fokus“, erläuterte Löffler. Doch nun müsse man den Blick in die Zukunft richten und überlegen, wie die Bezirke in Zeiten von sinkenden Einnahmen und angespannten öffentlichen Haushal-

ten sowie immer neuer gesetzlicher Zuständigkeiten ihre Aufgaben auch weiterhin zuverlässig wahrnehmen können.

Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro

Löffler zufolge hatten die Bezirksverwaltungen im Jahr 2020 allein durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sowie

des Angehörigenentlastungsgesetzes Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro. Gleichzeitig stiegen die Kosten im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege seit Jahren stetig an. Auch die gerade beschlossene Reform der Pflegeversicherung werde einen weiteren Kostenanstieg im Bereich der Hilfe zur Pflege nicht nachhaltig verhindern.

Spahns Pflegereform führt zu unberechenbaren Kosten

Die Pflegereform von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist aus Sicht des Verbandspräsidenten zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch gehen ihm die Entlastungen für die Pflegebedürftigen nicht weit genug: „Dadurch, dass der Eigenanteil für die Pflege nicht gedeckelt wird, bleiben die Kosten für die Heimbewohnerinnen und -bewohner unberechenbar. Bessere Personalschlüssel sowie eine Bezahlung nach Tariflöhnen sind gut und richtig, werden aber die Kosten weiter in die Höhe treiben.“

Um pflegebedürftige Menschen und auch die Sozialhilfeträger dauerhaft zu entlasten, müsse der Bund für eine ausreichende Finanzierung der Pflegeversicherung sorgen. „Die Erhöhung des Pflegeversicherungs- (Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Staatsminister Klaus Holetschek gemeinsam mit Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags. Bild: Bayerischer Bezirkstag

KPV-Vorsitzender Stefan Rößle:

Kommunen bleiben zukunftsfähig

Die KPV setzte sich im Vorgespräch zum Kommunalem Finanzausgleich für stabile Schlüsselzuweisungen, die verstärkte Investitionsförderung über das FAG sowie eine Kompensation der Steuerausfälle in 2021 durch Bund und Freistaat ein.

So zeigte sich der KPV-Landesvorsitzende und Landrat Stefan Rößle äußerst zufrieden mit den Verhandlungsergebnissen aus dem Kommunalem Finanzausgleichs 2022 und stellte klar: „Unsere Kommunen müssen in den nächsten Jahren zukunfts- und investitionsfähig sein sowie gestärkt aus der Krise hervorgehen.“ Insbesondere die zusätzliche Investitionsförderung für den kommunalen Hochbau und die neuen Fördermittel für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten begrüßt die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU sehr. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

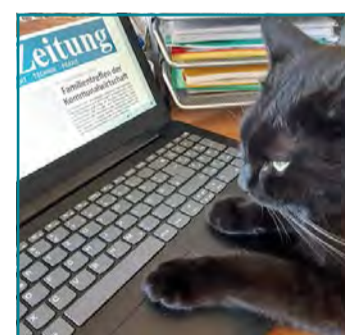
dass seine Kommunen auch in Zeiten der Corona-Krise weiterhin ihre wichtigen Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. Auch der Bund müsse seiner Verantwortung gerecht werden und die Kommunen im nächsten Jahr spürbar unterstützen. Kommunalminister Joachim Herrmann ergänzte: „Wir stärken unseren Kommunen den Rücken. Das ist für mich ein starkes Signal, wie wichtig dem Freistaat leistungsfähige Kommunen sind.“

Unter anderem umfasst der kommunale Finanzausgleich 4 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen – eine Steigerung um 67 Mio. Euro gegenüber dem vergangenen Jahr. Wie bereits in den vergangenen drei Jahren er-

ren Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen gemeinsame Krisenübungen, die intensivierte Aus- und Weiterbildung sowie die Stärkung des Ehrenamtes. Dies gelte vor allem bei Großschadenslagen, die den Zuständigkeitsbereich eines Landkreises oder eines Landes überschreiten.

Klare Regeln und Absprachen

Für das Zusammenwirken der verschiedenen Stellen bedürfe es nicht nur klarer Regeln und Absprachen, die Zusammenarbeit müsse auch immer wieder mit Blick auf verschiedene Krisenszenarien geübt werden. Zu (Fortsetzung auf Seite 4)



Endlich ist es da, das erste rein elektrische Dienstfahrzeug der Stadt. Ob es sich angesichts immer neuer Technologien schon überholt hat, da zeigt sich der Bürgermeister entspannt. Er meint, dass Fortschritt ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien wäre, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten sei. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ungeklärte Fragen bei Beschaffung mobiler Luftfilter	2
Bayerisches Digitalministerium startet „digital verein(t)“	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV-Zukunftsthema: Digitalisierung unserer Kommunen	3
Deutscher Städtetag: Schuldenberg und Corona-Welle	3
2. Stufe der Behördenverlagerungen	4
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	5
Kommunale Energiethemen	6-10
Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV	11
GalLaBau - Kommunalfahrzeuge	12-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Bundeskongress der Kommunalen Entwicklungspolitik:

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Kommunen sind auf Grund der Bürgernähe für die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen entscheidend. Die Lösungen globaler Herausforderungen finden sich oft auf lokaler Ebene: Faire Beschaffung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Digitalisierung, Klimaschutz, Pandemiebewältigung. Doch was bedeutet das für Kommunen und ihre Partner im Globalen Süden? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum der 15. Bundeskongress der Kommunalen Entwicklungspolitik in Bonn, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Über 800 Teilnehmer verfolgten den Livestream, nutzten die Chat- und Fragemöglichkeiten der virtuellen Veranstaltungsplattform und brachten sich in über 30 interaktive Workshops ein.

Laut Mitgestalterin Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, hat die SKEW einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik sichtbar und in ihrer Wirkung messbarer zu machen. „Kommunen wurden dadurch darin gestärkt, ihre Partnerschaften mit Städten des Globalen Südens auszubauen“, so Dörner. Bei der Bundeskongress für Kommunale Entwicklungspolitik werde die Rolle der Kommunen als global verantwortliche Akteure zur Umsetzung internationaler Agenden und nachhaltiger Entwicklung sichtbar.

1.000 engagierte Städte, Landkreise und Gemeinden sind in Programmen der SKEW aktiv. Stell-

vertretend ehrte Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), drei Kommunen für ihren Einsatz: den Kreis Heinsberg, der mit Unterstützung des SKEW-Programms „Global Nachhaltige Kommune“ eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringt, die Gemeinde Pfintzal, die in einer Klimapartnerschaft mit der Gemeinde Kidira im Senegal aktiv ist und die Stadt Cottbus, die gemeinsam mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren an der Umsetzung der Agenda 2030 arbeitet.

In seinem digitalen Grußwort ging Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller auf die Urbanisie-

rung und ihre Folgen ein. „Fast in jeder der großen Städte in Afrika, in Indien aber auch in Asien bilden sich riesige Slumsiedlungen um den Kern der Städte. Und die Menschen leiden gewaltig unter den Folgen: Umweltverschmutzung, Wassernot, Müllnotstand.“ Um gegen diese Missstände anzukämpfen, sei auch die Unterstützung deutscher Städte und Gemeinden nötig.

Agenda 2030 wird auf lokaler Ebene umgesetzt

Dass Kommunen eine ausgewiesene Kompetenz für die Entwicklungspolitik besitzen, unterstrich auch der CDU-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet. Das Ziel internationaler Kooperation müsse sein, in respektvoller Zusammenarbeit und im Austausch von Wissen und Kompetenzen daran mitzuwirken, dass Lösungen vor Ort entwickelt werden und sich dort wirkungsvoll entfalten können. Gerade auf lokaler Ebene fielen viele Entscheidungen, von denen es abhängt, ob die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgesetzt wird.

Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“, Teil 1:

Neue Chancen für starke Nord-Süd-Allianzen

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungshilfe“.

Kommunen kommt in der Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Sie tragen zum aktuellen Paradigmenwechsel bei. Es geht einerseits um die Auflösung der Unterteilung in Geber- und Nehmerländer sowie andererseits um den nachhaltigen Aufbau globaler Partnerschaften. Damit ‚Kommunikation auf Augenhöhe‘ als maßgebliche Zielvorgabe in der Umsetzung des Paradigmenwechsels aber nicht nur eine Floskel bleibt, sollten elementare Aspekte in der interkulturellen Zusammenarbeit verankert werden. Was dazu zählt, zeigt die aktuelle Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ der Bayerischen Gemeindezeitung.

Der aktuelle Bericht der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen richtet einen eindeutigen Appell an die Weltgemeinschaft: „Es ist heute wichtiger denn je, Multilateralismus und globale Partnerschaft zu stärken“. Wie sich dieser Ansatz in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) umsetzen lässt, zeigt die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände. So erhalten Kommunen durch ihre Beteiligung einerseits einen ersten Zugang zur KEZ und andererseits die Chance, im Rahmen der Kooperation weitere gemeinsame Handlungsfelder zu erschließen, auf deren Grundlage die Entwicklung kommunaler Partnerschaften gestärkt werden soll. Welche Bedeutung und Einfluss besitzt dabei die Kultur? Dieser Frage ist unsere Autorin Anja Schuchardt nachgegangen. Dazu hat sie mit verschiedenen Akteuren gesprochen. In der mehrteiligen Serie „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ wird in verschiedenen Beiträgen gezeigt, was eine erfolgreiche Zusammenarbeit ausmacht. So zählt die Fähigkeit der Akteure, Situationen und Entscheidungen kritisch und reflektiert beurteilen zu können, zu einem entscheidenden Einflussfaktor. Ebenfalls wichtig sind das Engagement und die Begeisterung einzelner Menschen in der Entwicklungspolitik daran, verschiedene Prozesse ins Rollen zu bringen und damit eine Gesellschaft nachhaltig verändern.

Der Titel „Kommunale Entwicklungspolitik anders denken“ beinhaltet bereits das Wort ‚anders‘ und damit den Kern, warum es in der Entwicklungszusammenarbeit geht: den Umgang mit Andersheit. Den Kommunen kommt an dieser Stelle eine entscheidende Initiatorrolle in weltpolitischen

Debatten zu. Denn durch ihre Nähe zu den Bürgern sind sie in der Lage, die Bildung von Netzwerken zu fördern und Akteure aus verschiedenen Bereichen in der KEZ zusammenzubringen, damit starke Nord-Süd-Allianzen entstehen. Das Ziel besteht dabei darin, den geteilten globalen Herausforderungen in der politischen Gemeinschaft Präsenz zu verleihen, sodass sie gehört werden und eine Stimme bekommen – sowohl kulturell als auch politisch. Dabei sollte auch der Aufarbeitung der kolonialen Verantwortung – wie sie im Koalitionsvertrag 2018 schriftlich verankert wurde – mehr Bedeutung eingeräumt werden. So sollten sich politische Akteure mit der Frage auseinandersetzen, welche Werte sie auf der Ebene der postkolonialen Erinnerungsdebatte vermitteln wollen. Bislang sind es vor allem Initiatoren aus der Zivilgesellschaft, die beispielsweise die Umbenennung von Straßen fordern, die Namen von Kolonisierenden tragen, und damit immer mehr zu einem Perspektivwechsel in Diskussionen beitragen.

Fachpersonal nötig

Die KEZ hängt nicht nur vom individuellen Einsatz, sondern auch maßgeblich von der finanziellen Ausstattung ab – sei es von privaten Spendern oder öffentlicher Förderung. Nicht vernachlässigt werden sollte eine entsprechende personelle Ausstattung zur Koordination und Prozessbegleitung der Zusammenarbeit durch Fachpersonal in den Kommunen. Auch durch die aktuelle Corona-Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen geändert, die eine Chance für die Zukunft der KEZ beinhalten: Der interkulturelle Austausch über digitale Kanäle wird durch die Verbesserung der technischen Ausstattung, u. a. in der kommunalen

Verwaltung, erleichtert. Diese Entwicklung gibt Hoffnung darauf, dass sich auch der Ausbau von Netzwerken in der KEZ intensiviert. Dass parallel ein Bewusstseinswandel eintritt, der Sinn und Nutzen im kontinuierlichen Austausch auf beiden Seiten verankert, zeigt die stetige Beteiligung an der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Landrat Stefan Rößle startete das Engagement für Schulbauprojekte im Jahr 2016 im eigenen Landkreis, woraus sich inzwischen eine bundesweite Gemeinschaftsinitiative entwickelte. Seit dem Spiel folgten mittlerweile rund 60 Kommunen sowie weitere Unternehmen und Privatpersonen. Seit Start der Gemeinschaftsinitiative im November 2018 wurden mit Spendensammlungen von über 5 Mio. Euro rund 150 Schulbauprojekte angestoßen, von denen 45 Schulen bereits eröffnet wurden, vgl. S.15. Auch die Bayerische Gemeindezeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo.

Die Diskussion über die Rolle von Kultur und Kulturpolitik für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaften ist nicht neu. 1982 brachte die Weltkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) über Kulturpolitik in Mexico City und 2005 die „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ vielfältige Erkenntnisse aus Einzelstaaten zusammen. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ von 2015 geht noch einen Schritt weiter und bricht die herkömmliche Unterteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern auf. Auch vom Globalen Norden wird die Bereitstellung von Frieden, die Durchsetzung der Menschenrechte, der Erhalt der Umwelt und des Weltklimas als Anpassungsleistung erwartet, z.B. durch nachhaltigen Konsum oder Stadtentwicklung. Eine Forderung ist die Einbeziehung der lokalen Ebene in der KEZ. Seitdem wächst der Druck auf die Kommunen zu handeln. Der sogenannte ‚SDG-Baukasten‘ stellt Kommunen Informationsmaterialien, Instrumente zur Bestandsaufnahme sowie die Möglichkeit zu Vernetzungstreffen, u. a. mit den Mitgliedern des „Club der Agenda 2030-Kommunen“, zur Verfügung. □

Als starkes und entschlossenes Signal der Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde auf der Bundeskongress ein „Pakt Agenda 2030 kommunal“ diskutiert. „Dieses Dokument soll den Geist der Buko widerspiegeln“, erklärte SKEW-Beiratsvorsitzender David Linse, unter dessen Federführung das Abkommen umgesetzt wird.

Welchen Beitrag lokale Entwicklung zur globalen Herausforderung der Agenda 2030 leisten kann, erläuterte der Präsident des Umweltbundesamts, Prof. Dr. Dirk Messner. Bis 2050 werde sich die globale Infrastruktur der Städte verdoppeln, prognostizierte Messner. Damit Umwelt- und Klimaschutz bei dieser „Urbanisierung mit Wucht“ nicht auf der Strecke bleiben, müsse die Verantwortung lokaler Politik aufgewertet werden. Hierzu müssten lokale Räume und Akteure mit Ressourcen ausgestattet werden. Lokale Entwicklung sei „ein Treiber globaler Vernetzung – ein weltpolitischer Moment“.

In der Podiumsdiskussion „Rückblick und Ausblick Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft“ diskutierten Dr. Doris Witter-Stiepelmann, Beauftragte für Kommunen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär Rat für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Erastus J. O. Mwencha, Vorstandsvorsitzender African Capacity Building Foundation und Bonns Rathauschefin Katja Dörner auch die Folgen der Corona-Pandemie.

Dass das Thema Entwicklungspolitik in Zeiten der Pandemie weniger präsent war, darauf verwiesen sowohl Katja Dörner als auch

Erastus J. O. Mwencha: „Wir wollen die Nachhaltigkeitsziele nach wie vor erreichen, haben aber im Moment nicht mehr die Ressourcen dazu“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Armut sei in Afrika zu einer noch größeren Herausforderung geworden, es werde ein, zwei Jahre dauern, bis der Zustand vor der Krise wieder erreicht sei. „Die pandemische Krise macht deutlich, dass wir uns auch entwicklungspolitisch ausrichten müssen, dass wir diese Schocks verdauen können“, hob Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der SKEW, hervor. Für die Partner im Globalen Süden seien die Bedingungen noch erschwert. Die globalen Nachhaltigkeitsziele könnten aber nur gemeinsam erreicht werden.

Sowohl Dr. Koko Warner, Klimaschutzexpertin der Vereinten Nationen, als auch Professor Dr. Anna-Katharina Hornidge, Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), machten deutlich, wie dringlich es ist, angesichts globaler Megatrends wie Klimawandel und Ressourcenschwund und weltweiter Erschütterungen durch die Corona-Pandemie die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik als Handlungsgrundlage anzupassen und multilateral, interdisziplinär und strukturell neu zu denken. Auch hier zählten die Kommunen zu den wichtigsten Playern.

Dass auf lokaler Ebene ein breites Engagement und große Umsetzungskraft vorhanden ist, davon konnten sich die Teilnehmer dreier Workshops überzeugen. Zu allen Handlungsfeldern – vom fairen Handel und fairer Beschaffung über kommunale Partnerschaften, Migration, sozialen Zusammenhalt und Umsetzung der SDGs – wurden in den Arbeitsgruppen gute Praktiken ausgetauscht, Herausforderungen fo-

kussiert erörtert und der Blick in die Zukunft gerichtet.

Apräpos gute Praktiken: Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) nahm die Kongress zum Anlass, eine Broschüre zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Best-Practice-Beispielen zu veröffentlichen. „Sauberes Trinkwasser, verlässliche Energieversorgung oder die sichere Entsorgung von Abfall und Abwasser: Was für uns alltäglich ist, ist nicht überall auf der Welt selbstverständlich. Verlässliche Daseinsvorsorge kann einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit und mehr Lebensqualität und nicht zuletzt für mehr Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Und – als Standortfaktor – auch die Wirtschaft vor Ort stärken. Für all diese Ziele ist das Engagement von immer mehr kommunalen Unternehmen mit Partnern in den Ländern des Globalen Südens wichtig: Ziel ist es, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und Know-how zu transferieren. Wie das gut gelingt, zeigen wir mit unserer Broschüre“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

In den zentralen Gebieten der Daseinsvorsorge lernten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Unternehmen viel von ihren Partnern, z. B. zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels. So entstünden Partnerschaften auf Augenhöhe, von denen beide Seiten profitieren. Mit seiner Publikation beabsichtigt der VKU, weitere Partnerschaften anzuregen und noch mehr kommunale Unternehmen, Politik und interessierte Öffentlichkeit über die Bedeutung, Chancen und Bestätigungsfelder kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. **DK**



MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-2670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer **ENGAGEMENT GLOBAL** Service für Entwicklungslösungen

Im Auftrag des **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Bund-/Länder-Treffen der Energieminister:

Mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien

Beim Umbau hin zu einer nachhaltigen und zugleich sicheren und bezahlbaren Energieversorgung ist mehr Tempo erforderlich. So lautete der Tenor des jüngsten (virtuellen) Energieministertreffens der Energieminister und -senatoren der Länder unter Vorsitz des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger. Themenschwerpunkte waren der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Finanzierung der Energiewende, der Netzausbau und der Aufbau einer markt- und wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist die gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für eine erfolgreiche Energiewende von essenzieller Bedeutung: „Wir müssen überall zügig vorankommen. Das gilt für den Netzausbau genauso wie für den Ausbau der Windenergie oder den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft. In dieser Legislaturperiode haben wir große Fortschritte machen können, aber es liegt auch noch ein großes Stück Arbeit vor uns, um die ehrgeizigen Ziele, die wir uns beim Klimaschutz gesetzt haben, zu erreichen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird.“

Fördermechanismen

Dabei sind neben der Infrastruktur zusätzliche finanzielle Fördermechanismen für Wasserstoffprojekte von der Erzeugung bis zur Verwendung erforderlich. Ein Schwerpunkt sollen dabei sogenannte Carbon Contracts for Difference sein, die die energieintensiven Unternehmen bei der Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse unterstützen und entstehende Mehrkosten ausgleichen.

Der Bund bat die Länder dringend darum, ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien auszuweisen. In diesem Zusammenhang warb er für Unterstützung im Bundesrat für die laufende Gesetzesänderung zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Repowering-Projekte. Darüber hinaus appellierte der Bund

an die Energieminister der Länder, sich für konkrete Fortschritte beim Thema eines einheitlichen Vollzugs im Bereich Artenschutz einzubringen, um die Genehmigungsverfahren für Windenergieprojekte zu beschleunigen.

Wie Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte, „wollen wir als Energieminister künftig noch enger zusammenarbeiten, um den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv voranzutreiben, und zwar bürgerefreundlich und mit Akzeptanz vor Ort. Außerdem sehen wir den zügigen Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft als entscheidenden Baustein zum Gelingen der Energiewende an.“

Im Vorfeld des Ministertreffens hatte der Bundesverband der Energiewirtschaft BDEW die Bundesländer aufgefordert, nicht nur den Bund in die Pflicht zu nehmen, sondern selbst höhere Ausbauziele „mit Leben zu füllen“. Das gelte etwa für die Bereitstellung von mehr Flächen für Windenergie- und Photovoltaikanlagen, für notwendige Anpassungen und Standardisierungen im Artenschutzrecht, beschleunigte Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen oder Solarstandards bei Neubauten generell und der Sanierung öffentlicher Gebäude. „Auf allen diesen Feldern haben die Bundesländer ausreichend Regelungs-Kompetenz, um der Energiewende zu mehr Tempo zu verhelfen. Sie müssen hier nicht auf Entscheidungen der Bundesebene warten“, unterstrich Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. **DK**

Stadt, Stadtwerke und Landkreis Kelheim:

Gemeinsam viel erreichen

Mit dem Umwelt- und Klimapakt Bayern, einer Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft, engagiert sich Kelheim über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus.

Freiwilligkeit, Übernahme von Eigenverantwortung beim Umweltschutz sowie kooperatives Handeln zählen zum Grundverständnis des Charakters von Projekten und Erklärungen im Umweltakt. Dahinter steht die gemeinsame Überzeugung von Staat und Wirtschaft, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mithilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation besser geschützt werden können als nur mit Gesetzen und Verordnungen. Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, sondern können gemeinsam zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in einer intakten Umwelt beitragen (Quelle: www.umweltpakt.bayern.de).

Als Dank und Anerkennung für die Teilnahme am Umwelt- und Klimapakt Bayern übergab Landrat Martin Neumeyer, stellvertretend für das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, die Urkunde an Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim. „Es ist einfach großartig, dass die Stadt Kelheim als kommunaler Träger und die Stadtwerke Kelheim als Wirtschaftsunternehmen hier gemeinsam an einem Strang ziehen und so den Umwelt- und Klimaschutz im Landkreis vorantreiben“, freut sich Martin Neumeyer.

Bürgermeister Christian Schweiger betont besonders: „Die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadt-

werke, die die Umsetzung solcher wichtigen Projekte möglich machen.“ Den Partnern ist es wichtig ein Zeichen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. „Als Wirtschaftsunternehmen haben wir eine Vorbildfunktion. Es ist notwendig Projekte umzusetzen und nicht nur darüber zu reden“, so Sabine Melbig. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind daher wichtige Unternehmensgrundsätze des Versorgers.

Die Auszeichnung erhielten die Stadtwerke Kelheim unter anderem für ihre Energieeinsparung aufgrund des Austausches von Pumpen in der Wasserversorgung und dem Einsatz von LED-Leuchtmitteln in ihren Bürogebäuden. Der Fahrzeugpool wurde um Elektrofahrzeuge und einem E-Bike erweitert. So werden CO₂-Emissionen vermindert und eine umweltgerechte Mobilität erzielt. Regionale Holzhackschnitzel zur Deckung des Wärmebedarfs der Betriebsgebäude erhöhen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe.

Zur Verbesserung des Bodenschutzes tauscht und entsorgt das Unternehmen schadstoffbelasteten Boden im Zuge von Tiefbauarbeiten. Zudem wurden besonders umweltschädliche Stoffe im betrieblichen Einsatz verringert und die Stadtwerke werden regelmäßig nach DIN EN 16247-1 zur Umsetzung des Energiedienstleistungsgesetzes auditiert. **□**



Franz Renftle (2.v.r.), erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer (rechts), Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde. Links: Monika Walz, Geschäftsstellenleiterin Markt Pfaffenhausen, hinten: Eugen Kövi, Vertrieb schwaben netz. Bild: Christina Bleier/erdgas schwaben

Klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen

Wegenutzungsvertrag mit erdgas schwaben abgeschlossen

Zuverlässige klimaschonende Energieversorgung für Pfaffenhausen im Landkreis Unterallgäu: In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Marktgemeinde verantwortlich. Franz Renftle, erster Bürgermeister in Pfaffenhausen, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

„Wir schauen nach vorne: Eine nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage für langfristige Planungsmöglichkeiten“, betonte Bürgermeister Renftle bei der Vertragsunterzeichnung. „Das gilt für Gewerbetreibende ebenso wie für die Familien, die in unserer Gemeinde leben. Mit der Entscheidung für den Ausbau der Gas-Infrastruktur tragen wir dazu bei, dass die Energiezukunft für Pfaffenhausen gesichert ist.“

Gas kann grün: Biomethan und Wasserstoff sind die Zukunft und fließen dann durchs bestehende Gasnetz

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, sagte Sommer. „Mit unseren Gasnetzen

stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.“

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen. Der Vertrag läuft bis 2042. **□**

Zehn Jahre Geothermie Ismaning

Vor zehn Jahren, kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima, beschloss der Gemeinderat, angeführt vom damaligen Bürgermeister Michael Sedlmair, einstimmig das Geothermie-Projekt Ismaning. Mit einer Investitionssumme von 60 Millionen Euro bis zum Endausbau handelte es sich dabei um das bis dato größte Infrastrukturprojekt der Gemeinde. Ein bedeutendes Kapitel nahm seinen Anfang.

Enthusiasmus und Schaffenskraft bestimmten von Beginn an das ambitionierte Energieprojekt. Noch im selben Jahr wurde die Wärmeversorgung Ismaning GmbH & Co.KG (WVI) als eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der Gemeinde gegründet. Äußerst erfolgreich endeten ein Jahr später die Bohrarbeiten: Rund 78 Grad heißes Thermalwasser mit einer Fördermenge von ca. 85 Litern pro Sekunde standen nach Abschluss der Tätigkeiten für die Versorgung der Gemeinde Ismaning zur Verfügung. Der gesamte Ort sollte, soweit irgendwie möglich, mit der regenerativen Wärme aus dem Erdinneren versorgt werden.

Zehn Jahre nach den ersten Beschüssen, können Gemeinde Ismaning und WVI nunmehr auf eine respektable Entwicklung ihres Geothermieprojekts zurück-

Wärme wurden in der vergangenen Heizperiode an die Verbraucher geliefert. Um die ohnehin notwendigen Tiefbauarbeiten für die Fernwärmeleitungen optimal zu nutzen, wurde vom Start weg ein hochmodernes Glasfasernetz mit aufgebaut, an das jeder Fernwärmekunde kostenlos einen Anschluss erhielt bzw. erhält.

Entsprechend zufrieden zeigt sich WVI-Geschäftsführer Andreas Hobmeier mit der Entwicklung des Projekts. Das finanzielle Engagement und die Arbeit, die in die Geothermie- und Glasfaserversorgung gesteckt wurden, haben sich aus seiner Sicht „absolut gelohnt“. Ismaning stehe in der regenerativen Energieversorgung und bei der Digitalisierung mit an der Spitze im Landkreis, weil heute hochaktuelle Themen bereits sehr früh aufgegriffen worden seien.

Darüber hinaus sei der Zuspruch



„Auf draht ist“: Geschäftsführer Andreas Hobmeier (l.) und der damalige Bürgermeister Michael Sedlmair gaben im November 2012 die erste Wärmeversorgung frei. Bild: Wärmeversorgung Ismaning

blicken. Neun Bauabschnitte sind bereits vollendet, das Fernwärmenetz umfasst rund 58 Kilometer Länge und durchzieht die Gemeinde mittlerweile in alle Richtungen. Rund 1.200 Objekte mit Voll- oder Optionsanschlüssen stehen auf der Kundenliste der WVI, darunter zahlreiche Privathaushalte ebenso wie namhafte Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen. Fast 48 Millionen Kilowattstunden

der Kunden ungebrochen: „Unser Vertriebs konnte in den vergangenen Bauabschnitten bereits im ersten Anlauf Anschlussquoten von 50 bis 60 Prozent erzielen, dazu kommt jährlich eine ansehnliche Nachverdichtung in Gebieten, die bereits länger erschlossen sind.“ Allen Bürgern sowie allen Verantwortlichen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, gebühre deshalb ein herzlicher Dank. **DK**



Energie für heute und morgen

Mein GünstigStrom – 100 % aus Wasserkraft

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben

sicher, günstig, nah



VAG startet für Klima und Umwelt mit eMobilität durch

Erster eGelenkbus von MAN geht in den Fahrgastbetrieb

„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“: Mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor. Diesem ersten MAN eGelenkbus werden noch in diesem Jahr 27 weitere der Baureihe des Lion's City 18 E sowie elf MAN eSolobusse Lion's City 12 E folgen. Die eBus-Flotte der VAG wächst damit auf 46 Fahrzeuge, was fast ein Viertel der Flotte ist.

„Umwelt- und Klimaschutz haben im ÖPNV und insbesondere bei der VAG einen hohen Stellenwert“, bekräftigt Josef Hasler. „Der ÖPNV ist bereits per se schon umwelt- und klimafreundlich ausgerichtet. Die VAG schafft jetzt durch den Umstieg auf eMobilität auch bei den Bussen die Basis für einen emissionsfreien ÖPNV. Wer den Klima- und Umweltschutz ernst nimmt, muss jetzt handeln. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und werden in den nächsten Jahren ausschließlich eBusse beschaffen.“ Damit der ÖPNV nicht nur lokal, sondern auch global emissionsfrei wird, lädt die VAG ih-

re eBusse mit Ökostrom. Bereits seit 2012 bezieht das Unternehmen ausschließlich Ökostrom, vom Betrieb über die Werkstätten bis zur Verwaltung.

Plädoyer für Null Emission

Beim Thema eMobilität kann belegt werden, dass Energie- und Verkehrswende Hand in Hand gehen müssen. Voraussetzung für einen grünen Haken an der eMobilität ist nämlich der Bezug von Ökostrom sowie ein ausgeklügeltes Energie- und Lademanagement, um zusätzliche Vorteile zu heben. Hier setzt die VAG auch auf die Kompetenz der N-ER-

GIE, Schwesterunternehmen im STWN-Konzern.

„Wichtig ist, neben unseren Anstrengungen aber, dass mehr Menschen öffentlich fahren. Und zwar immer häufiger“, so der VAG-Vorstandsvorsitzende. „Wir investieren dafür, wir bauen unser Angebot aus, das alles, um für die Kund*innen attraktiver zu werden.“ Bereits vor 50 Jahren sei klar gewesen, dass ein stetig wachsender Verkehr viele Probleme mit sich bringt, erläutert Hasler und verweist auch auf die Aspekte Lebensqualität, Flächenverbrauch und Luftqualität in der Stadt. Kommunale Verkehrsunternehmen wie die VAG sorgen vor, garantierten Mobilität, böten Daseinsvorsorge im wahrsten Sinne des Wortes. „Für die Fahrgäste ist relevant, dass sie zuverlässig, sicher und komfortabel von A nach B kommen. Wenn wir ihnen als zusätzliche Motivation auch klima- und umwelt-

verträgliche Mobilität vermitteln können, dann umso besser. Wir übernehmen gerne die Vorreiterrolle, aber einen wirklich großen Effekt erzielen wir nur, wenn die Menschen mit unseren Bussen und Bahnen fahren. Alle, die öffentlich fahren, hinterlassen einen kleineren CO₂-Fußabdruck. Dank eMobilität erst recht“, so Hasler.

Die Technik hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, es gibt eine nennenswerte Anzahl von Herstellern und dank entsprechender Nachfrage sinken auch die Preise. Ein eBus kostet heute dennoch gut doppelt so viel wie ein Diesellbus. Vor drei, vier Jahren war es noch mehr als das Dreifache. Die VAG wird in diesem Jahr rund 25 Mio. Euro alleine in die Fahrzeuge investieren. Das Bundesumweltministerium bezuschusst die Investition mit ca. 80 Prozent der Mehrkosten gegenüber einem vergleichbaren Diesellbus. Vom Freistaat Bayern gibt es voraussichtlich einen Zuschuss in Höhe von rund 3,4 Mio. Euro. Ohne diese staatliche Anschubfinanzierung der Mehrkosten der eBusse wäre dieses Engagement nicht möglich, wie Josef Hasler hervorhebt.

Positive Erfahrungen im Testbetrieb

Die Erfahrungen mit dem neuen eGelenkbus von MAN sind nach ersten Testfahrten, die sich auf rund 1.500 Kilometer summieren und bei denen teils auch schon Fahrgäste mitgenommen wurden, sehr positiv. Der MAN eGelenkbus hat eine Batteriekapazität von rund 510 kWh nutzbarer Energie, die im Idealfall für bis zu 400 Kilometer reichen soll. Zielgröße bei der VAG ist aber eine Reichweite von



„Die VAG gibt für Umwelt und Klima Gas“, mit diesen Worten stellte der Vorstandsvorsitzende der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Josef Hasler, den neuesten eGelenkbus im Fuhrpark vor.

Bild: VAG/Claus Felix

200 bis 250 Kilometern bei allen Witterungsbedingungen. Die Temperatur wird vor allem im Winter trotz effizienter Wärmepumpenheizung auch bei diesen Fahrzeugen noch eine Rolle spielen.

eBusse punkten beim Fahrkomfort. Sowohl das Beschleunigen als auch das Bremsen erfolgt sehr gleichmäßig und damit angenehm sowohl für die Fahrer*innen als auch für die Fahrgäste. Des Weiteren ist der Bus wie alle VAG eBusse vollständig emissionsfrei. Auch Heizung und Klimaanlage werden rein elektrisch betrieben. Gegenüber einem vergleichbaren Diesellbus spart ein vollelektrischer Gelenkbus jährlich ca. 68 Tonnen CO₂ ein.

Ab Mitte Juli wird der neue eGelenkbus der VAG im Fahrgastbetrieb eingesetzt. Eine besondere Unterweisung der Fahrer*innen ist nicht notwendig. Alle VAG-Fahrer haben eine allgemeine Unterweisung für Hochvoltfahrzeuge. Darüber hinaus

genügt lediglich eine Information über die spezifischen Sicherheits- und Bedienungsfunktionen dieser Busserie. Da der Bus auf dem aktuellen Diesel-Hybrid-Bus von MAN basiert, der bei der VAG schon seit 1,5 Jahren im Einsatz ist, ist den Fahrer*innen das Fahrzeug vertraut.

Zu Beginn wird der erste eGelenkbus von MAN auch für die Inbetriebnahme des VAG-eBus-Ports benötigt, beispielsweise für Funktions- und Ladetests. Der eBus-Port entsteht im Nürnberger Stadtteil Schweinau, direkt neben dem Betriebshof und der Buswerkstatt. Er befindet sich aktuell in der letzten Bauphase und wird ab Ende des Sommers mit 39 Stellplätzen neuer Heimathafen für eBusse. Diese können hier abgestellt und geladen werden.

Für ihr Engagement bei der eMobilität im Busbereich und den Bau des eBus-Ports ist die VAG im Mai dieses Jahres mit dem Zfk-Award für Nachhaltigkeit ausgezeichnet worden. □

Lagarde 4.0:

Spatenstich für zukunftsweisendes Infrastrukturprojekt

Auf dem Bamberger Lagarde-Quartier haben die Bauarbeiten eines der ökologischsten Wärmenetze Deutschlands begonnen. Das Energiesystem versorgt 1.200 Familien, Kultureinrichtungen und Gewerbeflächen für 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Wärme und Kälte, die zu 70 Prozent vor Ort aus regenerativen Quellen gewonnen werden. Die Stadtwerke Bamberg investieren 18 Millionen Euro in das Zukunftsquartier. „Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind“, lobte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier anlässlich des ersten Spatenstichs für die Energiezentrale, dem Herzstück des Energiesystems.

Wenn im Herbst 2022 die ersten Familien auf das Konversionsquartier ziehen, dann lassen die Stadtwerke Bamberg keine Gelegenheit ungenutzt, Energie für die Wohngebäude, Kultur- und Gewerbeflächen vor Ort aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Mehr als 70 Prozent der Wärme für die Bestands- und die Neubauten soll aus erneuerbaren Energien gewonnen werden und das „Bamberger Konzept“ als Blaupause für moderne Stadtentwicklung genutzt werden: Weil viele Kommunen vor der Herausforderung stehen, innerhalb einer bestehenden städtischen Infrastruktur mit unterschiedlicher Gebäudeeffizienz eine möglichst nachhaltige Energieversorgung zu realisieren.

Auf dem Lagarde-Quartier wird unter anderem oberflächennahe Geothermie eingesetzt und Wärme aus Abwasser genutzt. Der Strom für die Wärmepumpen wird auf den Dächern der Gebäude mit Hilfe von Photovoltaikanlagen erzeugt. Ein intelligentes Speichermanagement und ein Blockheizkraftwerk gleichen tageszeitliche Produktionsschwankungen aus; die saisonale Speicherung von Überschuss- und Abwärme aus den Sommermonaten erfolgt mittels 55 Erdwärmesonden sowie Erdwärmekollektoren, die unter den neuen Gebäuden entstehen.

Sämtliche Gebäude- und Anlagentechnik wird in der Energiezentrale miteinander vernetzt, so dass die Energie höchst effizient genutzt werden kann. Weil Sonnenstrom und Erdwärme unabhängig von Marktschwankungen, Börsen- und CO₂-Preisen sind, können die Stadtwerke den Bewohnerinnen und Bewohnern einen günstigen Einstiegspreis für ihre Wärmeversorgung mit der Aussicht auf eine geringe Preissteigerung garantieren.

Die Stadtwerke Bamberg hatten die Realisierbarkeit des Konzepts in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut IEE, dem Nürnberger Ingenieurbüro BUILD.ING Consultants und der Otto-Fried-

rich-Universität Bamberg überprüft und hierbei neben der Energieausbeute auch den Platzbedarf, Kohlendioxid- und Lärmemissionen sowie die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Wärmeerzeugungsmethoden in den Fokus genommen. Als wichtiger Baustein der Wärmewende wird das Projekt insgesamt mit mehr als 8 Millionen vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Weitere 1,9 Millionen Euro steuert die Regierung von Oberfranken im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Lebenswerte Quartiere gestalten“ bei.

Herzstück Energiezentrale

Für die Energiezentrale, das Herzstück des Energiesystems, haben jetzt Kinder von Mitarbeiterinnen der Stadtwerke gemeinsam mit Oberbürgermeister Andreas Starke und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Michael Fiedeldey, den ersten Spatenstich vollzogen. Das Gebäude nordöstlich der Reithalle wird Blockheizkraftwerk, Energiespeicher, Pumpen, Fernwärmetechnik und auch die intelligente Steuerung beheimaten und rechtzeitig zum Einzug der ersten Lagarde-Bewohner in einem Jahr in Betrieb gehen. Die endgültige Fertigstellung des architektonisch anspruchsvollen Gebäudes mit seinem Satteldach ist Ende des kommenden Jahres geplant.

Auch das intermodale Mobilitätskonzept für die Bewohner, Besucher und Beschäftigten auf dem Lagarde-Quartier ist zukunftsweisend. Bewohner des Quartiers werden sich entscheiden können, ob sie statt eines Stellplatzes in einer Parkpalette eine Mobilitätskarte erhalten. Die Mobilitätskarte beinhaltet neben einem Ticket für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg auch den Zugriff auf Sharing-Angebote von Elektrofahrzeugen, E-Lastenrädern, elektrischen Motorrollern und E-Scootern. Die Stadtwerke gehen davon aus, dass sich heute schon

jeder fünfte Bewohner für das alternative Mobilitätsangebot entscheiden wird. Den Bewohnern ermöglicht das maximale Flexibilität und Wahlfreiheit beim Fortbewegungsmittel. Auch wird weniger Fläche durch Parkraum versiegelt und die Aufenthaltsqualität auf Lagarde steigt.

Minister Altmaier zufolge „ist der klimaneutrale Umbau der Fernwärme ein wichtiger Baustein der Wärmewende. Die Bundesregierung baut deshalb die Förderung für grüne Wärme massiv aus: In Kürze führen wir ein Programm für die langfristige Umstellung von Wärmenetzen auf erneuerbare Wärme und Abwärme ein, die Förderung für neue hocheffiziente Wärmenetze wird fortgesetzt. Das Projekt in Bamberg belegt, dass innovative Lösungen für erneuerbare Fernwärme technisch möglich und wirtschaftlich sind.“

Torsten Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), betonte: „Damit die Energie- und Wärmewende gelingen, braucht es Projekte und Ideen, die mit innovativer Technik umgesetzt werden. Der Lagarde-Campus ist ein spannendes Modellprojekt und steht beispielhaft für klimafreundliche Quartiersentwicklung im 21. Jahrhundert.“ Laut Heidrun Piwernetz, Regierungspräsidentin von Oberfranken, „betreiben die Stadtwerke Bamberg seit Jahren den Umbau militärisch genutzter Flächen mit einem bundesweit beispielgebenden Planungsprozess. In hervorragender Weise werden sie als Akteure hier ihrer Verantwortung gerecht.“

„Die Stadtwerke Bamberg haben wir als sehr kompetenten, visionären und innovativen Partner kennengelernt“, stellte Prof. Raul Klingner, Direktor Research Fraunhofer Gesellschaft, fest. „In Projekten wie Lagarde setzen sie die Erkenntnisse der Energieforschung in die Realität um und es entsteht eine Blaupause für viele weitere energieeffiziente Quartiere der Zukunft.“

„Die Menschen, die auf Lagarde einziehen wollen, können sich auf eine hohe Lebensqualität freuen“, erklärte schließlich Andreas Starke, Oberbürgermeister von Bamberg. „Wohnen, Leben und Arbeiten werden hier einen guten Platz finden – auch dank der zukunftsweisenden Energie- und Mobilitätskonzepte der Stadtwerke Bamberg.“ □

Alois hat jetzt mehr Energie als vor 40 Jahren.

Erneuerbare Energien sind die Zukunft. So sind fast 300.000 Solaranlagen mit unserem Energienetz verbunden. Dadurch profitieren immer mehr Menschen in Bayern von nachhaltiger Solarenergie.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

Energiegenossenschaften treiben Energiewende voran

Bis zum Jahr 2045 will die Bundesrepublik zu einem klimaneutralen Land werden. Dieses ehrgeizige Ziel erfordert auch im Bereich der Energieproduktion neue Wege. „Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag dazu, den Wandel zur Klimaneutralität zu gestalten“, sagte Alexander Büchel, Mitglied des Vorstands des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), anlässlich des Internationalen Tags der Genossenschaften in München. Allerdings gebe es auch politische Entscheidungen, die den Energiegenossenschaften im Wege stünden.

„Energiegenossenschaften treiben die Energiewende dezentral voran. Mit 102 Photovoltaikgenossenschaften in Bayern, drei Betreibern von Windenergieanlagen, 86 Betreibern von Nahwärmenetzen und 21 Biogasgenossenschaften machen sie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit vor Ort sichtbar“, betonte Büchel. Hinzu kommen 32 genossenschaftliche Energieversorgungsunternehmen. Einige von ihnen beliefern ihre Kunden seit mehr als 100 Jahren über eigene Netze mit Strom, den sie zum Teil mit eigenen Wasserkraftwerken erzeugen.

Bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 339,9 Millionen Euro (2020) und einem Gesamtergebnis in Höhe von 29,1 Millionen Euro halten die bayerischen Energiegenossenschaften die Wertschöpfung in der Region und fördern dadurch auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das bewiesen die 36.940 Mitglieder und 370 Beschäftig-

te der Energiegenossenschaften in Bayern.

Allerdings beklagte Büchel eine Vielzahl von politischen und regulatorischen Hürden, die den zumeist vergleichsweise kleinen Energiegenossenschaften das Wirtschaften schwer machen. „Es ist an der Zeit, den Wert dezentraler und regionaler Energieerzeugung und -versorgung zu erkennen, zu fördern und ihr gleiche Wettbewerbschancen einzuräumen wie Großproduzenten“, mahnte Büchel.

Netzkapazitäten erweitern

So ist es zum Beispiel notwendig, die Netzkapazitäten zu erweitern, um den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien verlässlich zu gewährleisten. Da der Umbau des Energiesystems eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, darf dies nicht zulasten der Anlagen- oder der Netzbetreiber geschehen. Für viele erneuerbare-Energien-Anlagen ist die Teilnahme an Ausschrei-

bungen vorgesehen, um eine EEG-Vergütung zu erhalten. Die dazu nötigen Voraussetzungen bevorzugen größere Anbieter. An kleinere Mitbewerber stellen sie unzumutbar hohe Anforderungen, verbunden mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken. „Es ist dringend geboten, die Wettbewerbschancen für kleine Anbieter erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Anforderungen zu vereinfachen“, forderte Büchel.

Notwendig ist auch eine Angleichung von Netzentgelten in Stadt und Land. Ein Großteil der erneuerbaren Energien wird im ländlichen Raum erzeugt. „Unterschiedliche Netzentgelte in städtischen und ländlichen Regionen benachteiligen ländliche Anbieter. Dieses Ungleichgewicht muss dringend beendet werden“, ergänzte Büchel.

Perspektive für ausgeförderte Anlagen schaffen

Als problematisch stellt sich darüber hinaus die Möglichkeit zur Nutzung ausgefördeter Anlagen dar. „Diese Anlagen produzieren weiterhin klimaneutralen, sauberen Strom. Die Betreiber brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen erlauben, diesen Strom auch weiter wirtschaftlich zu erzeugen und damit die Energiewen-

langes Leben zu gönnen“, bringt Detlef Fischer, Geschäftsführer beim Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW den Unterschied zwischen Fischern und Wasserkraftwerksbetreibern auf den Punkt.

Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“

Die Wasserkraftunternehmen in Bayern haben sich zusammengeschlossen, um sich für die bayerische Wasserkraft stark zu machen. Die Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ informiert über die Bedeutung der Wasserkraft in einer erneuerbaren Energiewelt in Bayern und macht den Nutzen der Wasserkraft erlebbar.

PS: Am 16. September 2021 findet in der Redoute Passau das 8. Bayerische WasserkraftForum der Bayerischen Gemeindezeitung statt. Anmeldung unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de □

Stadtparkasse Augsburg nimmt neue Photovoltaik-Anlage in Betrieb

Ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität: Die Stadtparkasse Augsburg hat ihre neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Parkhauses in der Halderstraße in Betrieb genommen. Zum Start der Anlage drückten Oberbürgermeisterin Eva Weber und Vorstandsvorsitzender Rolf Settlemeyer symbolisch den roten Buzzer.

„Es ist ein starkes Zeichen, das die Stadtparkasse mit dieser Maßnahme für den Klimaschutz vor Ort setzt“, freut sich Oberbürgermeisterin Eva Weber im Namen der Stadt Augsburg. Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Einhaltung des vom Stadtrat verabschiedeten CO2-Restbudgets von 9,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid und der Pariser Klimaschutzziele. „Wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Unternehmen, die hier Initiative ergreifen, leisten einen enorm wichtigen Beitrag“, so Weber.

Mit einer Leistung von bis zu 329 kWp kann sich die Unternehmenszentrale der Stadtparkas-

se nun klimafreundlich selbst mit Energie versorgen. Pro Jahr sind es ca. 300.000 kWh, die die Anlage mithilfe modernster Solarpaneele auf 2.750 qm Dachfläche erzeugt. Genug, um den Verbrauch der Hauptstelle zu wesentlichen Teilen selbst zu decken. Mit der Umstellung auf Ökostrom aus Wasserkraft zu Jahresbeginn 2021 vermeidet die Stadtparkasse damit rund 1.128.000 kg CO2 pro Jahr und kommt so ihrem selbstgesteckten Ziel, bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften, einen entscheidenden Schritt näher.

Um die Photovoltaikanlage auf dem Dach in Betrieb nehmen zu können, waren größere Vorarbei-

de zu unterstützen“, gab Büchel zu bedenken.

Bei der genossenschaftlichen, regionalen Energieversorgung wird die Versorgung der eigenen Mitglieder mit Energie nach wie vor benachteiligt. „Das ergibt keinen Sinn und muss geändert werden“, sagte Büchel. Nach EU-Recht hätte Deutschland bis Ende Juni sicherstellen müssen, dass ein Energy Sharing diskriminierungsfrei möglich ist. Hierzu ist ein Wegfall der EEG-Umlage und der Stromsteuer für Mitglieder einer Erneuerbare-Energien-Gemeinschaft nötig. „Dies muss in der neuen Legislaturperiode zügig umgesetzt werden“, forderte Büchel.

Doch auch bürokratische Auflagen erweisen sich immer wieder als problematisch für den gewünschten und erforderlichen Ausbau erneuerbarer Energien. Feste Abstandsregeln behindern beispielsweise häufig den Bau neuer Windenergieanlagen. Dabei sind bestehende Regelungen zum Beispiel zur Lärmemission der Anlagen oder zum Schattenwurf ohnehin einzuhalten. Zusätzlich erschweren unklar definierte Naturschutzauflagen den Bau von Windenergie- und Wasserkraftanlagen. „Solche Hemmnisse gibt es, durch praxistaugliche Regelungen und im Einvernehmen vor Ort zu ersetzen“, betonte Büchel.

Wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit

„Die genossenschaftliche Idee wurde in Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit geboren. Seither haben Genossenschaften dabei geholfen, Probleme zu lösen und dort gemeinschaftlich gehandelt, wo der Staat oder andere Akteure nicht aktiv wurden. Am Beispiel der Energiegenossenschaften zeigt sich, dass Genossenschaften nach wie vor diese Rolle übernehmen und als Problemlöser und Innovations-treiber fungieren“, sagte Büchel.

Aufgrund ihres von Gemeinsinn geprägten Ansatzes eignen sich Genossenschaften besonders gut dazu, den Wandel der Energieversorgung mitzutragen. „Nachhaltigkeit liegt in der genossenschaftlichen DNA. Durch aktive Bürgerbeteiligung fördern Energiegenossenschaften die Akzeptanz für die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien“, erklärte Büchel.

In einer Genossenschaft bestimmen die Mitglieder gleichberechtigt über die Geschicke mit. „Dieser urdemokratische Ansatz ist ideal dazu geeignet, bei lokalen Energieprojekten Interessen auszugleichen und neue Wege zu finden, die andernfalls verschlossen blieben“, ergänzte Büchel. □



V.l.: Moderator Gabor Steingart, Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, und VERBUND-CEO Michael Strügl. Bild:Anne Huffnagl

Energiewende kann nur durch Kooperation gelingen

Gespräch zwischen Bundesminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strügl

Seit 1.1.2021 ist Michael Strügl CEO der VERBUND AG. VERBUND ist Österreichs führendes Energieunternehmen und der größte Erzeuger von Strom aus Wasserkraft in Bayern. Das größte Wasserkraftprojekt Deutschlands, die Erneuerung des Kraftwerks Jettenbach-Töging, ist eine 240-Mio.-Euro-Investition des Unternehmens und ein deutliches Bekenntnis: zum Wasserkraftland Bayern und zur Energiewende.

Die traditionell engen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich, insbesondere in der Gestaltung der Energiezukunft, waren Gegenstand eines Gesprächs zwischen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und VERBUND-CEO Michael Strügl auf dem Medien-Schiff PioneerOne. Bundesminister Altmaier ließ gleich zu Beginn des Gesprächs keinen Zweifel daran, dass er Österreich als befreundetes Land bezeichnet – während er bei so mancher Großmacht zurückhaltender mit dieser Auszeichnung ist.

Energiewende ist „Operation am offenen Herzen“

Die Energiewende ist eine Herausforderung. „Eine Operation am offenen Herzen“, wie sie Michael Strügl bezeichnete. Die beiden Diskutanten machten deutlich, dass diese nur durch Kooperation und Zusammenarbeit gelingen könne. In diesem Umfeld kam das Gespräch unter der Leitung von Gabor Steingart dann auch ohne Vergleiche, Verweise und gut gemeinte Ratschläge aus – die Herausforderung ist enorm und kann nur mit dem Blick in die Zukunft gelingen. „Denn, flapsig gesprochen, unserer Aufgabe wird sein, so viel erneuerbaren Strom zu liefern, den man für diese Transformation braucht“, wie es Michael Strügl formulierte.

In diesem Zusammenhang betonte auch Peter Altmaier, dass dafür alle verfügbaren Erzeugungsformen gebraucht werden und formulierte das Anliegen, „dass man die Wasserkraft auch in Brüssel gut behandelt.“ Damit spielte er auf bekanntgewordene aber am Widerstand der Wasserkraft-Länder gescheiterten Absicht, die Wasserkraft in der EU-Taxonomie-Verordnung nur als Brückentechnologie zu behandeln.

Wirtschafts- und Standortpolitik

Trotz oder gerade wegen des Schwerpunktes auf die erneuerbare Zukunft waren auch Wirtschafts- und Standortpolitik omnipräsent. „Wie können wir den Prozess der Dekarbonisierung betreiben, ohne dass unsere industriellen Kapazitäten darunter leiden“, war der zentrale Leitgedanke von Altmaier, der neben der Thematik

der Wettbewerbsfähigkeit auch soziale Aspekte – etwa Kostensteigerungen bei alltäglichen Gütern – im Blick hat. Am Beispiel Stahl machte er deutlich: „Wir müssen aufpassen, dass am Ende nicht die Stahlerzeuger in EU schlappmachen und Stahlerzeuger aus Staaten wo es weniger strenge Klimavorschriften gibt, diesen Stahl verkaufen werden – mit dem Ergebnis, dass nicht weniger, sondern mehr CO2 global freigesetzt wird.“

Ermutigendes Zeichen

Michael Strügl äußerte sich dazu zuversichtlich: „Was wir hier vor uns haben, ist mehr als eine Stromwende, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen sehen wir das als sehr ermutigendes Zeichen, dass die Europäische Union auch nach der COVID-Krise dabei geblieben ist zu sagen, der Green Deal ist ein großes Wirtschaftsprogramm, das die Klimawende will, aber auch konjunkturellen Aufschwung bringen wird.“

Beide Gesprächspartner sehen es als wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Wandels an, dass ein Level-playing-Field geschaffen wird, also global gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen und nicht plötzlich jene im Vorteil sind, die sich dem Klimaschutz verweigern.

Zukunftshoffnung Wasserstoff

Eine tragende Säule der Energiezukunft wird Wasserstoff sein. Viele Prozesse, die nicht elektrifiziert werden können, können mit seiner Hilfe dekarbonisiert werden – etwa in der Stahlindustrie. Peter Altmaier machte den Führungsanspruch Deutschlands als künftiges Wasserstoffland Nummer eins deutlich: „Deutschland hat vor einem Jahr eine Wasserstoffstrategie verabschiedet, und auch während der Präsidentschaft auf eine europäische gedungen.“

Jetzt gehe es darum, die globale Green Hydrogen Infrastruktur aufzubauen. Michael Strügl sieht sogar die Chance, dass Deutschland und Europa hier eine globale Führungsrolle einnehmen: „Die USA sind das Land der großen Digitalkonzerne, China ist führend bei Solar-energie und Batterien. Beim Wasserstoff ist noch ein Platz frei.“ □

Teil der Lösung

Weltweit ist die Wasserkraft die bedeutendste und wirtschaftlichste Quelle der regenerativen Stromerzeugung. Wasserkraft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Egal ob Photovoltaik, Wind- oder Wasserkraft: Jede Art, Strom zu erzeugen, geht mit umweltrelevanten Begleiterscheinungen einher. Die Betreiber der bayerischen Wasserkraftwerke sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Ihnen ist es wichtig, den Lebensraum so natürlich wie möglich zu erhalten. Die Wasserkraftunternehmen bauen Umgebungsgewässer und Fischtreppe an den Anlagen, um die Durchgängigkeit für Fische und andere Lebewesen zu bewahren. Außerdem schaffen die Betreiber neue Laichplätze und Lebensräume für Flora und Fauna zum Ausgleich. An den entstandenen Dämmen und Flussläufen findet man beispielsweise wertvolle Magerrasen

ABC des kommunalen Gesundheitswesens: Gesundheitsvorsorge: (Darm)Krebs macht auch in Pandemiezeiten keine Pause

Jährlich erkranken in Deutschland rund 61.000 Menschen an Darmkrebs, etwa 25.000 sterben daran. Neben Brustkrebs ist Darmkrebs damit die zweithäufigste Krebserkrankung in Deutschland – und nach Lungenkrebs die zweithäufigste Todesursache. Ein Großteil der Todesfälle ließe sich jedoch verhindern. Zum einen, indem Risikofaktoren für diese Krebserkrankung, wie Nikotin- und Alkoholkonsum, Bewegungsarmut oder auch faser- und ballaststoffarme Ernährung, vermieden werden. Zum anderen, indem ab einem gewissen Alter Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrgenommen werden.

Die Darmkrebsvorsorge wird in der Regel von den mit dem Onkologischen Zentrum zusammenarbeitenden Fachärzten oder bei besonderen Situationen direkt im Klinikum angeboten. Ab einem Alter von 50 Jahren können Stuhlproben durch Untersuchung auf verstecktes Blut auf Anzeichen von Darmkrebs analysiert werden. Spätestens ab 55 Jahren sollten Frauen wie Männer eine Darmspiegelung durchführen lassen. Die sogenannte Koloskopie ist die beste Möglichkeit, Darmkrebs und seine Vorstufen mit großer Sicherheit zu erkennen. Doch seit Beginn der Coronapandemie machen deutlich weniger Menschen Gebrauch von diesem Vorsorgeangebot. Wegen einer vermeintlich höheren Ansteckungsgefahr sagen sie – trotz umfassender Hygiene- und Sicherheitsstandards in den Praxen und Kliniken – in großem Umfang Vorsorgeuntersuchun-

gen ab. Hinzu kommt, dass die Darmkrebsvorsorge an sich viele – vor allem Männer – abschreckt, schon vor Corona. Dabei war Angst noch nie ein guter Ratgeber.

Darmkrebs bereits im Vorfeld verhindern

Denn: Die Koloskopie, deren Kosten ab einem Alter von 55 Jahren von der Krankenkasse übernommen werden, ist das wichtigste Mittel, Darmkrebs bereits im Vorfeld zu verhindern. Bei der Darmspiegelung geht es vor allem um die Behebung von Veränderungen, aus denen heraus sich Darmkrebs entwickeln könnte. Rund ein Drittel der Patienten hat zwar keine Beschwerden, aber bereits Polypen. Diese Veränderungen können frühzeitig festgestellt und gleich entfernt werden – im besten Fall bevor Krebs entsteht. Treten Beschwerden wie Blutungen und Schmerzen im Bauch auf, ist es meist schon zu spät.

Ist der Befund unauffällig, muss die Untersuchung erst nach zehn Jahren wiederholt werden. Damit einher geht auch die große Chance, Lebensstil und Ernährung mit Blick auf die Risikofaktoren zu verbessern. Die meisten Menschen sind überrascht, wenn sie erfahren, dass beispielsweise das tägliche Glas Wein ein erhöhtes Darmkrebsrisiko verursacht. Es lohnt sich demnach – nicht nur in Pandemiezeiten – auf seinen Lebensstil zu achten und damit auch weitere Erkrankungen, wie Herzinfarkt oder Diabetes zu verhindern. □

Bayerischer Demenzpreis für kreative Projekte

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat in Nürnberg herausragende Projekte aus Oberfranken, Mittelfranken und der Oberpfalz mit dem Bayerischen Demenzpreis ausgezeichnet. Nach seinen Worten „tragen die Preisträger mit ihren innovativen Projekten dazu bei, dass Betroffene ein Leben in der Mitte der Gesellschaft führen können und sind Vorbilder für ganz Bayern.“

Unter 47 eingereichten Projekten machte das Projekt „Leasinghühner“ des Seniorenzentrums Johann Hinrich Wichern aus Forchheim in Oberfranken das Rennen. Ziel des mit 3.000 Euro dotierten Projekts ist es, mit der Betreuung der Hühner für Menschen mit Demenz eine sinnhafte Aufgabe zu schaffen und durch das Leasingangebot Kontakte zu Menschen, die nicht in der Einrichtung leben, zu ermöglichen. Die Einrichtung beteiligt zum Beispiel auch Kindergartenkinder.

Mit dem 2. Preis (2.000 Euro) wurde das Projekt „Interkulturelle Beratung und Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen“

des Vereins Helfende Hand International – HeHanl e. V. aus Nürnberg in Mittelfranken bedacht. Der Verein bietet kultursensible Begleitung sowie Beratung und veranstaltet Gesundheitskurse sowie niederschwellige kultursensible Angebote.

Belastung für Betroffene reduzieren

Den 3. Preis (1.000 Euro) errang das Projekt „Stationsübergreifende Demenzbetreuung im Akutkrankenhaus“ des Kommunalunternehmens Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Weilburg, St. Anna Krankenhaus. Das St. Anna Krankenhaus bietet Patientin-

nen und Patienten mit Demenz im eigens geschaffenen demenzgerecht gestalteten „Sonnenstüberl“ Aktivierung und Betreuung durch eine Pflegefachkraft und geschulte Ehrenamtliche. Dort wird beispielsweise auch gemeinsam das Frühstück zubereitet und gegessen. Der Krankenhausaufenthalt ist durch die stationsübergreifende Demenzbetreuung für die Betroffenen mit einer geringeren Belastung verbunden.

Neben den drei Preisträgern erhielten folgende Projekte Anerkennungsurkunden: das Projekt „Klettern trotz(t) Demenz“ der Diakoniestation Oberasbach der Diakonie im Landkreis Fürth gGmbH, die „Praxisstudie zum herausfordernden Verhalten von Bewohnern mit extremen Verhaltensauffälligkeiten im Altenheim“ des Caritas Altenheims St. Franziskus Kolbermoor (Landkreis Rosenheim) und das Projekt „Die Frankengartler und ihr grünes Quartier am Streitberger Berg“ des Seniorenzentrums Martin Luther in Wiesenttal (Landkreis Forchheim). □

Barrieren im Kopf und in der Praxis abbauen

Fachverband für Menschen mit Hörbehinderung in Ingolstadt bietet Einzelcoaching zur Videotelefonie für Personen mit Schwerhörigkeit an

Die Familie über Skype virtuell zu Kaffee und Kuchen treffen, mit den Kolleginnen und Kollegen ein Feierabendbier über Google Hangouts trinken oder gemeinsam mit den Freundinnen via Zoom an einem Mal-Event teilnehmen: Microsoft Teams, Zoom und andere Anwendungen für Online-Besprechungen gehören seit verganginem Jahr zum Alltag. Mit Videotelefonie die sozialen Kontakte während der Corona-Pandemie aufrechterhalten, das ist eine Entwicklung, die schwerhörige Menschen vor große Herausforderungen stellt.

Besonders für Menschen mit Schwerhörigkeit sind Webinare und Onlinekonferenzen eine Herausforderung. „Die große Hürde für die Schwerhörigen ist die psychosoziale Komponente“, erklärt Natascha Klenk. Die Sozialpädagogin berät in der Ingolstädter Servicestelle des Fachverbandes für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung e. V. (BLWG) Schwerhörige unter anderem zum Thema Videotelefonie.

Viele Betroffene schlossen von vorneherein aus, so Klenk, die Videotelefonie zu nutzen, weil sie fürchteten, dass die Tonqualität nicht ausreiche, um etwas zu verstehen. „Da spielt die Angst, sich zu blamieren, eine große Rolle.“

Tipps für Schwerhörige

Natascha Klenk zeigt während des Einzelcoachings „Einführung in die Videotelefonie“ verschiedene technische Lösungen. Zudem gibt sie Tipps zur Kommunikationstaktik für Schwerhörige. Die Beratung dauert etwa 30 Minuten bis eine Stunde, aber auch im Nachgang berät Klenk die Betroffenen bei Fragen. Neben der Sozialpädagogin gehören zwei gut hörende sowie zwei schwerhörige Kolleginnen und ein gehörloser Kollege zu dem Bera-

team. Laut dem Minister ist die Zahl der Menschen mit Demenz groß. Bereits heute lebten in Bayern mehr als 240.000 Betroffene, im Jahr 2030 werden es voraussichtlich 300.000 Menschen mit Demenz sein. „Unser Ziel muss es daher sein, die Gesellschaft zu sensibilisieren und für mehr Akzeptanz zu sorgen. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz mittendrin sind.“

Der Bayerische Demenzpreis wird seit 2015 verliehen. Für den Preis können sich Verbände, Vereine, Kommunen, Schulen, Organisationen und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, Körperschaften des Öffentlichen Rechts sowie Unternehmen bewerben. □

Seit November bietet Klenk das kostenlose Einzelcoaching an und räumt während der Beratung mit Ängsten und Vorurteilen auf. „Es geht im Einzelcoaching darum, dass man es in einem geschützten Rahmen ausprobieren kann“, erklärt Klenk. Dabei zeigt sie technische Lösungen auf. Unter anderem erklärt sie, wie man das Zubehör von Hörgeräten koppeln kann, Untertitel nutzt oder Apps zur Spracherkennung verwendet.

Ein zentraler Inhalt ist aber auch die Kommunikationstaktik. „Einen offenen Umgang mit der Schwerhörigkeit kann man lernen. Dieser schafft Transparenz und beugt Missverständnissen vor. So ist es wichtig dem Gesprächspartner genau zu benennen, was man in der Kommunikationssituation braucht, eine gute Beleuchtung oder die Vermeidung von Störgeräuschen“, betont die Sozialpädagogin. Kontaktadressen: Natascha Klenk, iss-in@blwg.de □

Krankenhäuser dürfen sich nicht aus der Fläche zurückziehen

Am Sonntag, 4. Juli hat der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) Prof. Josef Hecken in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gesagt, dass von den derzeit 1.900 Krankenhäusern in Deutschland 700 entbehrlich seien. Darauf entgegnete der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager: „Die Politik hat es sich auf die Fahnen geschrieben, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu erreichen. Das bedeutet auch, die medizinische Versorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Gerade dort geht es um die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung. Diesem Ziel läuft ein neuerlich proklamierter einseitiger Rückzug der Krankenhäuser aus der Fläche zuwider. Das würde ganze Landstriche von medizinischer Versorgung praktisch abkoppeln. Das sollte unbedingt verhindert werden.“

Würden 700 Krankenhäuser verschwinden, so wären die verbleibenden Krankenhäuser umso mehr in größeren Städten angesiedelt, wohingegen Standorte in der Fläche schließen müssten, so Sager weiter.

Richtschnur: wohnortnahe Versorgung

Er führt weiter aus: „Über die Hälfte der Menschen lebt aber in ländlichen Landkreisen und Gemeinden. Das Ziel einer wohnortnahen Versorgung überall in Deutschland muss nach wie vor Richtschnur sein. In strukturschwächeren ländlichen Räumen sieht man, dass die ambulante medizinische Versorgung von den Kassenärztlichen Ver-

einigungen nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann. In manchen Landkreisen findet kassenärztlicher Notdienst kaum noch statt. Diese Lücken müssen zunächst gestopft werden.“

Dabei lasse der Vorstoß einen wesentlichen Punkt außer Acht: „Alles, was unterhalb der Notfallversorgung existiert, sei keine stationäre Versorgung und mithin überflüssig. Das Gegenteil ist richtig: Die Länder müssen ihre Planungsverantwortung wieder wahrnehmen. Sie dürfen sich auch keinen schlanken Fuß machen, wenn es um die Sicherung einer sachgerechten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser in der Fläche geht.“ □



Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.
www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER
 Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN LIVE

- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

Henne Nutzfahrzeuge und MULAG Mähtechnik:

„Ökologisch heißt nicht schöner!“

Informationsveranstaltung zum insektenfreundlichen Mähen in Peißenberg

Auf der IFAT 2020 hätte der u.a. für den Unimog passende Mähkopf ECO 1200, eine Weltneuheit im ökologischen Mähen, präsentiert werden sollen, wäre diese Großveranstaltung nicht pandemiebedingt verschoben worden. Um interessierten Bauhofmitarbeitern dieses neue und gleichzeitig auch die altbewährten Produkte rund ums Mähen vorzuführen, organisierten Henne Nutzfahrzeuge aus Kirchheim und MULAG aus dem Schwarzwald eine Tour, die sie durch Rosenheim, Forchheim, Rothenburg o.d. Tauber, Herrieden, Essenbach und Peißenberg führte. Rund 50 Teilnehmer ließen sich allein in Peißenberg den neuen Mähkopf ECO 1200 im Vergleich mit den herkömmlichen Geräten präsentieren. Der Markt Peißenberg selbst ist ein gutes Beispiel, denn hier wird ökologisches Mähen nicht nur praktiziert, sondern die Idee dahinter auch gelebt. Der Markt wurde bereits mehrfach für die insektenfreundliche Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Flächen ausgezeichnet.

Erster Bürgermeister Frank Zellner begrüßte die Anwesenden erleichtert, dass man sich nun langsam wieder um andere wichtige Themen kümmern

dem Label „StadtGrün natürlich“ in Silber, die GZ berichtete in Ausgabe 19/2020. Mit dem Label wird der vorbildliche Einsatz der Gemeinde für die bio-



Präsentieren die insektenfreundliche Mähtechnik für den Unimog: v.l. Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter Straßenunterhaltungsgeräte MULAG Fahrzeugwerk, Thomas Rieger, Geschäftsführer, Frieder Fülleemann, Verkauf, beide Henne Nutzfahrzeuge, Bürgermeister Frank Zellner und oben Bauhofleiter Roman Bals, beide Markt Peißenberg.

Bild: CH

könne, und Insektenfreundlichkeit steht in Peißenberg sehr weit oben auf der Agenda. Bereits 2018 wurde die Kommune vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND) als „Pestizidfreie Kommune“ aufgenommen.

Im September 2020 folgte dann die Auszeichnung der Deutschen Umwelthilfe mit

logische Vielfalt auf städtischen Flächen gewürdigt. Peißenberg setzt innerorts sowie im Straßenbegleitgrün auf extensive Bewirtschaftung und verwendet regionales Saatgut, zudem werden vermehrt Zwiebelpflanzen vorgenommen. Sonja Mayer vom Bauamt Peißenberg führt aus, dass für die Verkehrsinseln Staudenmischpflanzun-

Grünanlagen insektenfreundlich zu gestalten, sichtbar. Was wiederum viel Aufklärungsarbeit erfordert, so Knauer, denn „ökologisch heißt nicht gleichzeitig auch schön. Der Bauhof wird oft angesprochen, wann denn mal wieder jemand zum Mähen vorbeikommt. Auf die Diskussion, dass die hohe Wiese Absicht ist, muss man vorbereitet sein.“

Auch Peter Hofmann, Gebietsverkaufsleiter bei MULAG, der den Grünpflegekopf ECO 1200 vorstellt, gibt zu bedenken, dass man sich an ein neues Schnittbild gewöhnen müsse, denn „ohne Verzicht an mancher Stelle, ist eine Umstellung nicht zu haben“. Aber der politische Druck ist in der Branche deutlich spürbar, weshalb der Mähtechnik-Experte MULAG schon früh auf veränderte Kundenwünsche reagier-



Martin Schäfer (2.v.l.), Erster Bürgermeister der Gemeinde Gröbenzell besucht zusammen mit Robert Rossa, Geschäftsführer des Vereins Dachauer Moos e.V. (l.), Ziegenhalter-Paar Michaela und Christian Müller („Unsere kleine Farm“) und Theresia Pain, Sachgebiet Umwelt der Gemeinde Gröbenzell (r.) die „tierischen Rasenmäher“ auf der Brachfläche am Ascherbach.

Bild: Gemeinde Gröbenzell

Gemeinde Gröbenzell:

„Tierische Rasenmäher“ fördern die Artenvielfalt

Auf einer Gemeindefläche am Ascherbach ist seit Mai eine Herde Ziegen zu Gast: Insgesamt vierzehn Anglo-Nubier- und Buren-Ziegen einer örtlichen Nutztierhalterin werden zur Förderung der Lebensraum- und Artenvielfalt eine Weile als „tierische Rasenmäher“ eingesetzt. Die Idee hat das Gröbenzeller Umweltamt gemeinsam mit dem Verein Dachauer Moos e.V. entwickelt, der das Pilotprojekt auch finanziert.

In Gröbenzell weiden derzeit testweise Ziegen im Moos. Auf 5.000 qm befreien die Tiere die Wiese von Gestrüpp und Gras, damit Blütenpflanzen bestäubenden Insekten Nahrung bieten. Durch den Tritt der Paarhufe werden offene Bodenstellen geschaffen, in denen sich viele verschiedene Pflanzenarten wieder ansiedeln können. Die Hinterlassenschaften der Weidetiere sind für Insekten hoch interes-

sant, die wiederum Nahrung für Vögel sind. Da Ziegen gerne Rinde von Gehölzen fressen, wird nebenher auch das Buschwerk auf der Fläche in Zaum gehalten. Der Zeitpunkt für die Ziegenbeweidung der Gemeindefläche ist bewusst gewählt, denn auch Brombeeren und Brennesseln sollen dezimiert werden. Wenn das Experiment gute Ergebnisse liefert, kehren die Tiere im Herbst zurück. □

gen verwendet werden: „Dabei bevorzugen wir heimische und ökologisch hochwertige Gehölze ohne gefüllte Blüten.“ Ziel der Maßnahmen sei, das Nahrungsangebot wildlebender Insekten und damit auch die weitere Nahrungskette zu befördern. Der Bezirk Oberbayern ernannte die Marktgemeinde 2019 zur „Bienenfreundlichen Gemeinde“.

Viel Aufklärungsarbeit nötig

Laut Hubert Knauer, Bauhofmitarbeiter, ist diese Auszeichnung nicht nur ein Aufkleber, den man sich verpasst habe. Und tatsächlich sind die Bemühungen, die gemeindlichen



In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Gießtechnik

Länger anhaltende Trockenperioden und eine ausgeweitete Begrünung von versiegelten Innenstadtfächen lassen die mobile Bewässerung mehr und mehr in den Vordergrund rücken.

Um Verkehrsinseln, Blumenampeln und -beete sowie Pflanzen jeglicher Art gezielt bewässern zu können, kommen verschiedenste Gießanlagen mit Gießarm und individuellem Tanksystem zum Einsatz. Zur Erhöhung der Fahrzeug- und Geräteauslastung werden die zugehörigen Wassertanks häufig mit Reinigungszubehör, wie Hochdruck-Reinigungslanze oder Schwemmbalken kombiniert.

Die Aufbaumöglichkeiten reichen dabei von Wassertanks für Traktoren über Schmalspurgeräteträger bis zu Komplettlösungen für den Unimog. Unterschieden wird nach Systemen mit und ohne Selbstbetankungseinheit. Neben der Option zur unabhängigen Befüllung des Tanks an Zisternen oder sonstigen geeigneten Gewässern kann die Pumpentechnik der Betankungseinheit zum Beispiel auch für Hochdruckreinigungsarbeiten verwendet werden. Die erforderliche Wasserpumpe wird dabei in aller Regel über einen Nebenantrieb des Geräteträgers betrieben.

Bei größeren Wassertanksystemen wird häufig ein Schallschutz verbaut. Durch die Unterteilung des Tankinhalts in einzelne Kammern lässt sich vermeiden, dass es zu unerwünschtem Schwappen kommt. Das erhöht die Fahrstabilität und damit auch die Transportsicherheit. Einzelne Hersteller bieten außerdem seewasserfeste Tanks an. Damit lässt sich im Winterdienst auch Sole für die Eiskämpfung transportieren.

Gießarbeiten im Ein-Mann-Betrieb möglich

Um bei Gießarbeiten die Effizienz und Sicherheit zu erhöhen, erfolgt die Wasserausbringung über einen Brausekopf, der an einen variabel beweglichen Gießarm montiert wird. Dieser ist in alle Richtungen schwenk- und verstellbar und erlaubt eine genaue, automatisierte Dosierung der benötigten Wassermenge. Die Ansteuerung erfolgt entweder direkt über die Fahrzeughydraulik oder über einen elektrischen Antrieb. Durch die Bedieneinheit in der Fahrerkabine wird der Ein-Mann-Betrieb ermöglicht und Mitarbeiter müssen nicht mehr aussteigen, was auf vielbefahrenen Straßen und Kreuzungen ein Risikofaktor ist. □

te. Das naturschonende Mähen mit dem Unimog, dass der neue Mähkopf ermöglicht, stellt Lösungen für die folgenden Anforderungen dar:

- Abstreifen und Aufscheuchen von Insekten und Aussamen von Pflanzen
 - Größere Schnitthöhe: Am Boden lebende Insekten sind besser geschützt
 - Kein Ansaugen: Deutlich weniger Insekten gelangen ins Schneidwerk
 - Reduzierte überrollte Fläche: Insekten werden geschont, die Bodenverdichtung minimiert
 - Schnittgut aufnehmen: Kein Nährstoffeintrag durch verrottes Schnittgut (Magerwiese)
- Theoretisch kommt ein Insekt durch den neuen Mähkopf durch, was bisher nicht möglich war. Dass diese Theorie sich auch in die Praxis umsetzen lässt, wurde inzwischen durch Untersuchungen der Universitäten Tübingen und Hohenheim bestätigt. Im Vergleich zur regulären Schlegel-Mähtechnologie mit anschließendem Überrollen und Mulchen überleben beim ECO 1200 über 70 Prozent der Insekten, wobei im Versuch auf das vorherige Aufscheuchen verzichtet wurde, um vergleichbare Bedingungen herzustellen.

Immense Müllproblematik

Wer sich mit dem Mähen entlang von Straßen beschäftigt, der weiß um die immense Müllprob-

lematik. Das bisherige Mähverfahren sorgt dafür, dass z.B. Glasflaschen sowie sämtlicher anderer Abfall in kleinste Splitter zerlegt dem Grünut beigemischt sind. Das wiederum führt dazu, dass das abgemähte Straßenbegleitgrün nicht überall entsorgt werden kann. Oft bleibt nur noch die Verbrennung als Sondermüll. Weil aber der neue Mähkopf das Schnittgut nicht mehr ansaugt, bleibt auch der Müll ganz. Nun muss er aber im Nachgang per Hand aufgelesen werden.

Frieder Fülleemann, verantwortlich für den Verkauf Unimog und Kommunaltechnik bei Henne Nutzfahrzeuge, bedankt sich beim Peißenberger Bauhofleiter Roman Bals und Bürgermeister Frank Zellner, die diese Veranstaltung ermöglichten. Auch der Henne-Geschäftsführer Thomas Rieger ist angetan von diesem Format: „Zukünftig kann ich mir vorstellen unsere Kunden mit aktuellen Themen direkt und in einem kleineren Kreis zu informieren.“ CH



Die unterschiedlichen Schnittbilder: v.l. Mähkopf Eco 1200 plus inkl. Absaugen des Schnittguts, Mähkopf Eco 1200 ohne Absaugen und Schlegelmähtechnologie inkl. Abrollen und Mulchen.

Bild: CH

Ich lese die GZ

» ... da ich auch nach 36 Jahren in kommunalen Mandaten der Kommunalpolitik immer noch leidenschaftlich verbunden bin. «

Dr. Siegfried Balleis

Alt-OB Erlangen und ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit



5 Millionen Euro für Bildung weltweit

Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ erreicht wichtigen Meilenstein

Im Jahr 2018 wurde die Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ von den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Initiator war Landrat Stefan Rößle, der im Landkreis Donau-Ries zunächst Spendenzusagen für 10 Schulbauprojekte in Afrika gewinnen konnte. Mittlerweile wurden viele weitere Projekte auf drei Kontinenten in über 20 Ländern umgesetzt.

Ziel der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände ist es, mit der weltweiten Förderung von Bildung Armut zu verringern und Perspektiven vor Ort zu schaffen. Knapp drei Jahre nach ihrer Gründung erreicht die Initiative nun einen wichtigen Meilenstein. Für mittlerweile rund 150 Projekte wurden bisher Spenden in Höhe von 5 Millionen Euro generiert.

Spitzenreiter Landkreis Donau-Ries

Der Landkreis Donau-Ries bleibt dabei weiterhin Spitzenreiter, wenn es darum geht, Bildung und Chancengleichheit weltweit zu ermöglichen. Stolz 39 Projekte wurden durch Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen aus dem Landkreis finanziert. Von den erwähnten

5 Millionen Euro stammen rund 1,5 Millionen von Spendern aus dem Landkreis Donau-Ries.

„Die Initiative arbeitet nur mit Organisationen zusammen, die garantieren, dass die Spendengelder eins zu eins vor Ort ankommen“, bestätigt Landrat Stefan Rößle. Neben der Stiftung „Fly&Help“ von Rainer Meutsch, mit der bisher die meisten der Projekte umgesetzt wurden, sind auch verschiedene Vereine aus dem Landkreis, wie beispielsweise der Nördlinger Verein „Vier Steine für Afrika“ oder die in Mählingen ansässige „Uhola Village Foundation“ Teil der Initiative.

Aktuell darf sich die Initiative über ein weiteres Projekt freuen. Anlässlich der Verleihung des St.-Ulrichs-Preises, welchen Minister Dr. Gerd Müller jüngst in Berlin feierlich verliehen bekam (vgl. GZ 13/2021), gab dieser die Spende seines Preisgeldes für

ein Schulbauprojekt in Togo bekannt. Der Bundesminister, welcher sich gleichzeitig als Schirmherr für „1.000 Schulen für unsere Welt“ engagiert, übernimmt gemeinsam mit seiner Frau die komplette Finanzierung eines soliden Schulgebäudes mit vier Klassenräumen sowie den dazugehörigen Sanitäranlagen.

Landrat Stefan Rößle, der zusammen mit einer Delegation aus dem Landkreis Dillingen an der Preisverleihung teilnahm, gratulierte dem Bundesminister und ist begeistert, dass die Ehrung des Ministers möglicherweise sogar noch den Anstoß für ein weiteres Schulprojekt gelegt hat. „Die Überlegungen des Dillinger Oberbürgermeisters Frank Kunz, im Nachgang an die Preisverleihung eine Spendeninitiative in Dillingen zum Bau einer Schule in Afrika zu starten, bestätigen uns darin, dass wir mit „1.000 Schulen für unsere Welt“ einen leicht zugänglichen, sinnvollen und effektiven Rahmen geschaffen haben, der es Kommunen ermöglicht, sich weltweit für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen“, freut sich Rößle. □

Starke Netze für Wirtschaft und Klimaschutz

Investitionen ins Energienetz sind Investitionen in Klimaschutz und eine starke Wirtschaft
Bayernwerk-Führung und Grünen-Politiker beim Besuch eines Umspannwerks in Neufahrn

Die Notwendigkeit von Investitionen in die Netzinfrastruktur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und als Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele haben das Energieunternehmen Bayernwerk und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen in Niederbayern erklärt. Nach dem gemeinsamen Gespräch im Kundencenter in Altdorf mit anschließender Besichtigung eines Umspannwerks sprach Bundestagsabgeordneter Dr. Anton Hofreiter bei Infrastrukturausbau und Klimaschutz von einer gemeinsamen Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Beschäftigte.

„Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Netze sind entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation“, betonte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal beim Besuch der Grünen-Delegation im neuen Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. Aktuelle Entwicklungen bei der Bearbeitung von Netzanschlüssen zeigen bereits den Beginn eines neuen PV-Booms. „Allein 2020 wurden im Bayernwerk-Netzgebiet Anschlussprüfungen im Hochspannungs- und Mittelspannungsnetz für über 11.000 Megawatt angefragt – das entspricht einer Leistung von rund elf Atomkraftwerken“, sagte der Bayernwerk-Chef. Doch die Energiezukunft sei mehr als die wachsende Einspeiseleistung dezen-

traler Anlagen, es gehe um eine vielfältige und nachhaltige Lebenswelt, die ein klimaneutrales Zusammenleben sichert und die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Freizeit verbindet. Entscheidende Herausforderungen, so seine Botschaft, sind Digitalisierung, Modernisierung und der bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze.

Milliarden für Erreichen der Pariser Klimaziele

Nach Ansicht von Dr. Anton Hofreiter, Fraktionschef der Grünen im Bundestag, werden Milliardeninvestitionen benötigt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Das gelte auch für Investitionen in die Stromnetze, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen betonte, dass starke und zukunftsfähige Ener-

gienetze nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz sind, sondern dass ein Ausbau der Infrastruktur auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken und ein echter Jobmotor sei. Politik, Wirtschaft und Beschäftigte müssten nach den Worten von Hofreiter an einem Strang ziehen und diese riesige Transformation zu einem Erfolg für uns alle machen.

Energiezukunft vor Ort

„Wir sind als Bayernwerksbelegschaft stolz darauf, die bayerische Energiezukunft von Morgen jeden Tag neu mitzugestalten zu dürfen. Dazu braucht es neben der Weiterentwicklung unserer Anlagen auch die Kolleginnen und Kollegen als Garanten für den Erfolg“, betonte Albert Zettl, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Bayernwerks. Sowohl Kunden und als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien Teil der bayerischen Regionen. „Regionale Nähe, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und die Menschen stehen für uns im Mittelpunkt. Wir bringen die Dinge zusammen. Energie aus der Heimat, dort erzeugt und dort verbraucht“, sagte Zettl. „Die allgemeinen Klimaziele und eine erfolgreiche Energiewende sind tägliche Herausforderungen beim Bayernwerk. Mit dem Know-how unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten wir jeden Tag an diesen großen Gesellschaftszielen.“

Regionale Gemeinschaftsverpflegung:

„Kantine sucht Region“

Mit dem Projekt „Kantine sucht Region“ bringt die Interessengemeinschaft Regionalbewegung Mittelfranken den Einsatz regionaler Produkte in der Betriebsgastronomie voran.

Im ersten Schritt hat die Regionalbewegung aus Feuchtwangen eine Broschüre aufgelegt, in der landwirtschaftliche Erzeuger und Direktvermarkter mit ihrem Angebot aufgelistet sind. Dies erleichtert Betriebskantinenbetreibern die Suche nach für sie geeigneten Lieferanten. In einer zweiten Projektphase soll nun ein Geschäftsmodell zur Versorgung von Unternehmen mit Betriebskantinen mit regionalen Produkten entwickelt werden.

Im letzten Jahr hat sich der Bezirk Mittelfranken bereits mit 10.000 Euro an dem Projekt „Kantine sucht Region“, das als ein wichtiger Beitrag für eine regionale Wertschöpfung gesehen wird, beteiligt. Die Unterstützung wird in diesem Jahr fortgesetzt, in seiner jüngsten Sitzung hat der Bezirksausschuss die Auszahlung von weiteren 30.000 Euro auf den Weg gebracht. □



Bayernwerk-Führung, Betriebsrat und bayerische Spitzenpolitiker der Grünen bei einem Treffen im Umspannwerk in Neufahrn in Niederbayern. V.l.: Rosi Steinberger (MdL, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz), Horst Heid (stellv. Spartenbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk), Axel Winterwerber (Gesamtbetriebsratsvorsitzender SÜWAG AG, Beauftragter Politik und Regulierungspolitik Konzernbetriebsrat E.ON SE), Maria Krieger (Bundestagsdirektkandidatin und Abgeordnete Kreistag Kehlheim), Dr. Egon Leo Westphal (Vorsitzender Vorstand Bayernwerk AG), Dr. Anton Hofreiter (MdB, Vorsitzender Bundestagsfraktion B90/GRÜNE), Albert Zettl (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bayernwerk AG und Konzernbetriebsratsvorsitzender E.ON SE), Alexander Gröbner (Ver.di Ostbayern, Mitglied Aufsichtsrat Bayernwerk AG). Bild: Christian Martens / Bayernwerk

GZ PINOS WELT



„Ein großer Tag für die Elektromobilität in unserer Stadt.“ Der Bürgermeister nahm feierlich die Schlüssel für das erste rein elektrisch betriebene Dienstfahrzeug in unserer Stadt entgegen – wenn man mal von den Elektrokarren absieht, mit denen der Bauhof die Mülleimer in den Parks und am Friedhof leert.

Nein, jetzt haben wir ein richtiges E-Auto aus weiß-blauer Produktion und mit grünem Herzen, denn zugleich wurden in der Rathausgarage und auf dem Parkplatz vor dem Rathaus jeweils zwei moderne Ladestationen eingeweiht, die von unseren Stadtwerken mit grünem Strom versorgt werden. Ökologischer geht es nicht.

Unter uns: Es wurde Zeit. Zwar ist Bayern bundesweit unangefochten Nr. 1 was die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen für Elektrofahrzeuge

Linie bringen konnte. Bis dato hatten noch ein paar Nostalgie große Bedenken, die eisern am Verbrenner festhalten wollten und im Elektroauto bestenfalls eine Übergangstechnologie, aber nicht die Zukunft sahen.

Das alles waren sehr deutliche Debatten und erinnern schmerzhaft an das Bonmot über Kaiser Wilhelm II.,

der dem Automobil skeptisch gegenüberstand und angeblich sagte „ich setze aufs Pferd“. Überhaupt, was heißt schon Brückentechnologie. Das Pferd war die Brückentechnologie zum Verbrennungsmotor, die Dampfkraft die Brückentechnologie hin zur Elektrizität. Der Fortschritt ist, wenn man so will, ein ewiges Aneinanderreihen von Brückentechnologien, da das Bessere nun einmal der Todfeind des Guten ist. Werden die Menschen in Zukunft mit Wasserstoff fahren? Wird es umweltfreundliches synthetisches Fuel geben? Möglich und ich würde es mir für den Planeten wünschen, aber bis dahin ist es besser, die Mobilität mit Hilfe von erneuerbarem erzeugtem Strom zu organisieren, als mit Benzin und Diesel.

Ja, so ein Stromer hat noch Nachteile gegenüber einem konventionellen Auto. Die Ladezeiten sind länger als ein Tankstopp und man findet noch nicht überall Ladesäulen. Aber Katzen erzählen sich von Generation zu Generation hinweg Geschichten. Eine handelt von dem wütenden Widerstand gegen Fritz Zimmermann bei der Einführung des Katalysators für Autos. Es hieß, weil man bleifreies Benzin braucht, könnte man nicht mehr nach Italien fahren, Reisen würden erschwert und müssten sorgfältig geplant werden. Und dann hat es doch die alte Tante Marktwirtschaft gerichtet – die Deutschen fuhren nach Italien und die italienischen Tankstellen hatten benzina senza piombo.

Der Bürgermeister setzt somit ganz nach dem Lehrbuch auf die Attraktivität von E-Autos und befriedigt die Nachfrage nach Ladestationen. Gestärkt aus dem Kampf mit der Fraktion sagt er es mit dem französischen Politiker Pierre Mendès-France: „In der Politik ist es wie in der Elektrizität: Wo es Kontakt gibt, gibt es auch Spannungen.“

Was heißt schon Brückentechnologie?

ge angeht, aber unsere Stadt hat dazu bis dato keinen entscheidenden Beitrag geleistet. Nur am Bahnhof hatten die Stadtwerke eine Testsäule eingerichtet, die an Monstrosität und Hässlichkeit kaum zu überbieten ist.

Sie verfügt über vier Anschlüsse für unterschiedliche Ladesysteme, ist aber so dämlich situiert, dass maximal zwei Autos parallel laden können – sofern die Fahrer über exzellente Rangierfähigkeiten verfügen. Ansonsten gibt es in der Stadt nur private Ladesäulen sowie einige an Supermärkten, Ausflugsplätzen und Hotels.

Jetzt geht es aber Schlag auf Schlag: In allen städtischen Parkgaragen und Parkplätzen werden mindestens zwei Ladepunkte eingerichtet, vor dem Kundenzentrum der Stadtwerke, vor der Sparkasse und vor der Raiffeisenbank ebenso. Einzelhändler werden ermuntert, ihren Kunden Lademöglichkeiten zu bieten. Unsere Stadt will also mit Wrap-Geschwindigkeit die rote Laterne der Elektromobilität loswerden und zur grünen Avantgarde aufschließen.

Möglich wurde diese Entwicklung, weil der Bürgermeister mit einer flammenden Zukunfts-Rede endlich seine ganze Fraktion auf

50 Jahre aktiv:

Ehrung für Kurt Aue

Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Deutschen Sozialwerkes der Sudetendeutschen Landsmannschaft Deutschlands, die im Heiligenhof in Bad Kissingen über die Bühne ging, wurde Kurt Aue aus Augsburg, Ortsobmann der Sudetendeutschen Königsbrunn / Wehringen / Klosterlechfeld, für sein 50jähriges Wirken in der Volksgruppe ausgezeichnet. Die Ehrenurkunde überreichten der stellv. Kreisobmann Augsburg Land, Walter Eichler aus Neusäß, und der Bayerische Landesobmann der Sudetendeutschen und Stiftungsdirektor am Heiligenhof, Steffen Hörtler aus Bad Kissingen.

Im Jahre 1971, kaum von Bäumen nach Königsbrunn gezogen, trat der damals schon umtriebige 27-jährige Kurt Aue unter dem damaligen Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Königsbrunn, Otto Treutler, in die Sudetendeutsche Volksgruppe ein. Von damals bis zum heutigem Tage bekleidet der ehemalige Kreis- und Stadtrat, der vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz verliehen be-

kam, alle Ehrenämter der Vertriebenenorganisationen. Seit einigen Jahren fungiert er nicht nur als stellv. Bezirksobmann der Sudetendeutschen Schwabens, sondern auch als Kreisobmann der SL Augsburg Land und Ortsobmann der SL Königsbrunn, Wehringen und Klosterlechfeld sowie als Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Augsburgischer Land. □



v.l.: Walter Eichler, Kurt Aue und Steffen Hörtler.

Bild: Christa Eichler

Mehr regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel

Mit „Regio 2030“ fördert der Bezirkstag von Niederbayern den Einsatz von mehr regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den eigenen Einrichtungen

Bereits Ende 2019 stand für den niederbayerischen Bezirkstag fest, dass in den eigenen Liegenschaften mehr regional und ökologisch produzierte Lebensmittel verwendet werden sollen. Nach einem Bezirkstags-Beschluss wurde hierzu das Projekt „Regio 2030“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, bis 2030 der Anteil von regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den Einrichtungen des Bezirkes Niederbayern auf jeweils mindestens 30 Prozent zu erhöhen.

Mit seinen Zielen greift das Projekt des Bezirkes Hand in Hand in das BioRegio-Landesprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das ein ganzes Maßnahmenpaket umfasst, um den Öko-Landbau in Bayern zu fördern und bis 2030 den Anteil der ökologisch bewirtschafteten, landwirtschaftlichen Flächen auf 30 Prozent zu steigern. „Wir wollen mit dieser Zielsetzung die Landwirtschaft in Niederbayern unterstützen, die Transportwege

verkürzen und damit einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten“, erläutert Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben

Mit „Regio 2030“ des Bezirkes Niederbayern werden Speisepläne in der Verpflegung der Bezirkseinrichtungen entsprechend umgestellt, Netzwerke u. a. für die Verbesserung von Lieferketten aufgebaut und der Lebensmit-

telverschwendung entgegen gewirkt. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit eigenen Produktionsbetrieben wie etwa dem Lehr- und Beispielsbetrieb für Obstbau Deutenkofen und dem Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetrieb Lindbergmühle bei Zwiesel intensiviert werden. „Bezirksrätin Mia Goller hat dieses Projekt angeregt und stieß bei den Fraktionen auf offene Ohren. Diese Art der interfraktionellen Zusammenarbeit hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Transparenz und Offenheit im Bezirkstag sind“, so der Bezirkstagspräsident.

Bereits 2020 wurden wesentliche Weichen zur Umsetzung gestellt, indem eine Arbeitsgruppe installiert wurde. Diese treibt das Projekt seither voran und setzt

es sukzessive um. Dazu gehören Lukas Dillinger, Projektleiter Genussregion Niederbayern; Margit Huber, Verpflegungsleitung Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn (ABZ); Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten; Günther Putz, Gutshof Mainkofen; Dorothee Trauzettel, beim AELF Landshut Leiterin des Fachzentrums Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung; Manfred Weikl, Verpflegungsleiter im Bezirksklinikum Mainkofen, sowie Hildegard Zißler, Verpflegungsleiterin am Institut für Hören und Sprache in Straubing. Die Arbeitsgruppe hat für 2021 eine umfangreiche Agenda in mehreren Treffen geplant beziehungsweise bereits durchgeführt.

Dazu Katrin Landes: „Wir konnten dieses Jahr schon einige Teilziele erreichen, um die nötigen Grundlagen für „Regio 2030“ zu schaffen. Schon jetzt ist ein Umdenken hin zu mehr Regionalität, Saisonalität und Nachhaltigkeit beim Einsatz von Lebensmitteln deutlich spürbar.“ sb

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr.15/16, die am 29. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunaler Bau
- Kommunale Gesundheitsthemen
- Wasser · Abwasser
- Freizeitanlagen · Tourismus



Alle Personen, insbesondere Radfahrer und Wanderer, dürfen in den genossenschaftlichen Dorf- und Stadtläden des Landkreises Donau-Ries die eigene Trinkflasche kostenlos mit Leitungswasser auffüllen. Die elf Läden sind seit Anfang Mai Teil der deutschlandweiten Initiative „Refill“: v.l. Konversionsmanagerin Barbara Wunder und Stadtläden Geschäftsführer Oliver Sporr. Bild: Christina Rössner, Stadtläden

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!

Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerbering 23 · D-84059 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koesinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

f i t

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

100% Außenluft umluftfrei betriebssicher energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN

www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbellfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!